

	André Tschanz Karin Walker-Brechbühl	EVP 2
		35
Abwesend	Hans-Jörg Rothenbühler Kornelia Hässig Vinzens Monika Flückiger-Brunner Toni Oesch Fritz Pfister	BDP 1 SP 1 SP 1 FdU 1 SVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Peter Traber Edi Westphale	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Beigezogen	Beat Baumann, Bauverwalter, zum Geschäft Nr. 2	
Protokoll	Priska Iseli, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	25	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

1	Pro Protokoll	4
	Protokoll vom 29. November 2017	4
2	34.131.5 Sekundarschulanlage Projekte	5
	Sekundarstufe I: Teilsanierung Aula und Raumerweiterung; Verpflichtungskredit	5
3	1.92.1 Motionen	13
	Motion Peter Kofel (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Unterstützung Café Mondial – Menschen treffen Menschen"; Erheblicherklärung.....	13
4	1.92.1 Motionen	15
	Motion Mario Morger (glp) und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Betreuungsgutscheine ab 2019 auch für Zollikofen"; Erheblicherklärung.....	15
5	1.92. Parlamentarische Vorstösse	18
	Parlamentarische Eingänge	18

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Markus Bacher
Präsident

Stefan Sutter
Sekretär

Priska Iseli
Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse euch zur Januarsitzung des Grossen Gemeinderats. Somit ist die erste Sitzung eröffnet. Falls jetzt alle darauf warten, dass ich eine fast einstündig und zwanzigminütige Rede halte wie der US-Präsident, zur Lage von Zollikofen, ich habe mich entschlossen, heute Abend darauf zu verzichten. Wir hatten es letztes Jahr herausfordernd, wir werden dieses Jahr Herausforderungen haben, ich glaube, jedes Jahr hat seine speziellen Herausforderungen. Und es wäre auch gegenüber meinem Vorgänger, der leider heute nicht da ist, unfair zu sagen, dass er es weniger herausfordernd gehabt hat als wir vielleicht dieses Jahr.

Ich wünsche uns ein spannendes Jahr, gute Diskussionen und Zeit dafür. Es ist wichtig, dass wir in diesem Raum geordnet und gesittet, respektvoll miteinander umgehen. Wir sind da, um in der Sache zu politisieren und nicht auf die Frau oder den Mann zu spielen. Ich bitte euch, das immer vor Augen zu halten. Ich weiss, manchmal wird es emotional, manchmal wird man ein bisschen nervös. Bitte denkt immer daran, wir politisieren am Schluss in der Sache und nicht auf einzelne Mitglieder hier im Saal.

Und das zweite, was sich ja viele immer wünschen, ist, dass eine Sitzung schnell geht, speditiv ist und manchmal nicht so "gliiret" wird. Schlussendlich haben wir es in der Hand. Und schlussendlich ist es auch so, dass alle sich vorbereiten, jede/r ihr/sein Votum bringen möchte und dieses auch so bringen möchte, wie es vorbereitet worden ist. Und es soll ja dann der andere verzichten, aber alle möchten ihr Votum bringen. Damit es euch ein bisschen leichter fällt, habe ich mir erlaubt, einerseits eine Tafel Schokolade auf den Tisch zu legen. Das ist für diejenigen, die sich sukzessive anfangen zu nerven. Weil das beruhigt und Glücksgefühle auslöst. Und für diejenigen, die sagen es geht lange und langsam Hunger bekommen, habe ich ein paar Biskuite hingelegt. Ich weiss, sie sind ein bisschen sec, aber nahrhaft und das Gute ist auch, sie sind lange haltbar, also sie halten das ganze Jahr über. In diesem Sinne, nehmt es mit Contenance, es ist auch an uns, wie lange wir reden oder nicht reden. Mir ist wichtig, wir kennen zwei, drei Spielregeln. Die eine ist, die Fraktionen haben 10 Minuten Redezeit und Einzelmitglieder sprechen als Einzelmitglieder. Wir kombinieren und panaschieren hier nicht, sondern spielen fair mit und so haben wir bereits einen grossen Beitrag dazu geleistet, dass es zügig vorwärts geht.

Ich begrüsse die Vertreter des Gemeinderates, die Vertreter der Verwaltung, neu bei uns und ganz speziell begrüsse ich Priska Iseli als Protokollführerin, herzlich Willkommen und auch dir, gutes Gelingen bei unserer ersten gemeinsamen Sitzung. Dann, Beat Baumann, als Bauverwalter, die Vertreter der Presse und ganz speziell die Klasse 9D. Wir sind 34 anwesende Ratsmitglieder und somit beschlussfähig. Entschuldigt haben sich Hans-Jörg Rothenbühler, Monika Flückiger, Toni Oesch und Kornelia Hässig.

Mitteilungen

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die Resonanzgruppe der Kernregion Bern nimmt Mitglieder von Zollikofen auf, wir dürfen eine Delegation schicken. Zur Verfügung gestellt haben sich Bruno Vanoni und Michael Fust als Vertreter des GGR sowie Gemeindepräsident Daniel Bichsel.

Die GGR-Sitzung vom 27. Juni 2018 beginnt bereits um 18.00 Uhr, wegen des Fussballmatches Schweiz – Costa Rica.

Nach der heutigen GGR-Sitzung seid ihr alle herzlich zum Apéro eingeladen.

19.37 Uhr: Stefan Stock (FDP) trifft ein. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK nahm am 13. November 2017 eine Verwaltungskontrolle nach Artikel 57 der Gemeindeverfassung vor. Schwerpunkt war dieses Jahr turnusgemäss das Präsidialdepartement. Die Kontrolle umfasste folgende Punkte:

- Überprüfen der Verwaltungstätigkeit und der Organisation, Abläufe und Zuständigkeiten;
- Personalführung, Weiterbildung, Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung;
- Handhabung abteilungsübergreifender Aufgaben.

Gleichzeitig wurde die jährliche Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen vorgenommen. In die Zuständigkeit der GPK fällt ebenfalls die Aufsicht über das Beschaffungswesen. Die Kommission hat sich vertieft mit den Abläufen befasst. In der Vorbereitung stützte sich die GPK auf Verwaltungsberichte der Vorjahre und auf Informationen der Internetseite der Gemeinde Zollikofen. Weiter hatte die GPK einen Fragekatalog zusammengestellt, welcher vorgängig dem Departement, der Verwaltung, abgegeben wurde.

Die schriftlich und mündlich abgegebenen Antworten auf die Fragen wurden dokumentiert. Seitens der Gemeindeverwaltung und Behörden nahmen folgende Personen an den Gesprächen teil: Daniel Bichsel, Gemeindepräsident; Stefan Sutter, Gemeindeschreiber; Beat Baumann, Bauverwalter und Stefan Fässler, Finanzverwalter-Stv.

Die GPK hat einen guten Eindruck von der Organisation und der Arbeit im Departement gewinnen können. Die Organisation wurde als zweckmässig erachtet. Die Handlungsabläufe sind effizient und die Zusammenarbeit im Departement und mit der übrigen Gemeindeverwaltung gibt zu keinen Beanstandungen Anlass. Erstmals fand eine Überprüfung des Beschaffungs- und Vergabeprozesses statt. Die Prozesse wurden uns vorgelegt, sie zeigen keine Mängel. Die Prozesse sind zweckmässig und entsprechen den kantonalen, eidgenössischen und internationalen Vorgaben. Jedes Beschaffungsvorhaben ist gut dokumentiert.

Die Einhaltung des Datenschutzes wurde mit detaillierten Fragen überprüft. Den Empfehlungen der GPK aus der letztjährigen Kontrolle wurde entsprochen. Datenschutz und Datensicherheit sind nach Erkenntnissen der GPK sichergestellt.

Es war ein interessanter Vormittag, die GPK dankt dem Präsidialdepartement für die Arbeit im vergangenen Jahr; aber auch allen, die in der Verwaltung im vergangenen Jahr tätig waren und tagtäglich ihr Bestes gaben.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich habe eine tierisch gute Nachricht zu Beginn des heutigen Abends. Der Amphibienweiher im Buchseewald ist nach einer langen Bauphase endlich fertiggestellt. Jetzt hoffe ich, dass die Tiere schneller begreifen, als wir zum Bauen gebraucht haben, dass sie eben künftig in diesen Weiher gehen sollen und nicht mehr über die Kirchlindachstrasse. Es sind erste Gespräche im Gange, also die Gemeinde hat mit verschiedenen Leuten Kontakt aufgenommen und ich hoffe, dass das wirklich schnell greift.

Traktandenliste

Beschluss

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1 Pro Protokoll

Protokoll vom 29. November 2017

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 34.131.5 Sekundarschulanlage Projekte

Sekundarstufe I: Teilsanierung Aula und Raumerweiterung; Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Ihr habt eine Tischvorlage mit dem Antrag der GFL-Fraktion, gleichzeitig ist dieser eingeblendet. Der Antrag lautet:

Bei der Konkretisierung des Teilprojekts "Umgebung (Platz)" wird nach Möglichkeiten gesucht, wie das aus der Lehrerschaft vorgebrachte Anliegen einer schülerfreundlichen und naturnahen Umgebungsgestaltung aufgegriffen werden könnte. Dabei ist insbesondere in Betracht zu ziehen, nur einen Teil des Parkplatzes als versiegelte Fläche auszugestalten.

Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Die GPK hat folgende Fragen: Das neue, mit der Abstimmung vom 26. November 2017 genehmigte Baureglement ist noch nicht in Kraft. Nach welchen Grundlagen, nach welchem Baureglement wird das Baugesuch geprüft? Wie beurteilt der Gemeinderat den Zusammenhang zwischen dem Pausen- bzw. Parkplatz zur Erweiterung der Aula? Wird das Gebührenreglement angepasst mit der Erweiterung der Aula? Rechnet man mit der Mehrnutzung auch mit einem Mehrverkehr?

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich werde nach dem allgemeinen Votum zum Geschäft auf die Fragen der GPK eingehen. Bei der letzten Bevölkerungsumfrage hat der Punkt "Kulturelles Angebot" ganz schlechte Noten erhalten. Zu Unrecht, wie ich meine, denn Zollikofen hat sehr wohl eine Lokal-Kultur und diese findet zu einem grossen Teil hier in der Aula statt. Wer schon mal einen Chörli-Abend, ein Volksfondue oder einen Osterbott besucht hat, weiss, wie eng die Platzverhältnisse in dieser eigentlich grosszügigen Anlage werden können. Die Aula ist ein sehr beliebtes Lokal bei Vereinen und Organisationen, das für Veranstaltungen aller Art und sie wird auch von der Schule rege genutzt. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag erfüllt der Gemeinderat einerseits das Vorhaben aus dem Investitionsplan, die Aula durch die Sanierung baulich wieder fit für die Zukunft zu machen, und andererseits die überwiesene Motion Rhyn zum "Ausbau der Aula zum Gemeinde- und Vereinssaal". Was die Sanierung im Detail beinhaltet steht ausführlich im Bericht und Antrag, das möchte ich hier nicht wiederholen. Auch auf den «Platz», welcher im Vorfeld von dieser GGR Sitzung ein bisschen ins Zentrum der Diskussionen gerückt ist, gehe ich zu einem späteren Zeitpunkt noch näher ein.

Bei der Raumerweiterung ist es dem Gemeinderat wichtig, dass der Ausbau den Bedürfnissen der Vereine gerecht wird. Die Platzverhältnisse und vor allem auch die Abläufe (Anlieferung, Essenszubereitung, Ausgabe und Abwasch) sollen sich gegenüber der heutigen Raumsituation wesentlich verbessern. Die Pläne im Bericht und Antrag entsprechen einem Richtprojekt für die Kostenberechnung. Bei der Ausarbeitung des Detailprojekts sollen die Vereine miteinbezogen werden, welche die Aula regelmässig für solche Grossanlässe buchen. So ist gewährleistet, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dem vorliegenden Projekt die Aula baulich "wieder tipptopp in Schuss" zu bringen und für die Vereine und ihre Grossanlässe einen wesentlichen Mehrnutzen zu erreichen, welcher schlussendlich der ganzen Bevölkerung zu Nutzen kommt. Der Gemeinderat beantragt euch, den Verpflichtungskredit von 1,38 Mio. Franken zu genehmigen.

Zu den GPK-Fragen: Die erste Frage bezieht sich auf das gültige Baureglement. Massgebend ist der Zeitpunkt der Baugesuchseingabe. Das zu diesem Zeitpunkt gültige Baureglement bildet somit die Grundlage für die Aulasanierung. Zweite Frage, wie wird der Zusammenhang zwischen dem Pausen- bzw. dem Parkplatz zur Erweiterung der Aula beurteilt? Da kann ich sagen, sowohl als auch. Das heisst, ein direkter Zusammenhang besteht im Bereich der Raumerweiterung, Seite Treppe. Dort ergeben sich direkte Schnittstellen zwischen Anbau und Belagserneuerung. Beim restlichen Platz besteht nicht eine bauliche Abhängigkeit, aber ein direkter inhaltlicher Zusammenhang. Veranstaltungen in der Aula ohne diesen Platz sind im bisherigen Rahmen nicht mehr möglich.

Zur Frage nach der Anpassung des Gebührenreglements: Das steht im Moment nicht zur Diskussion. Der GR sieht die Sanierung und Erweiterung nicht als eine Finanzinvestition, bei der ein entsprechender Return erwartet wird. Viel zentraler sind bei diesem Vorhaben die Unterstützung der ortsansässigen Vereine und deren Darbietungen im Sinne eines Service Public. Rechnen wir mit einer Mehrnutzung, respektive Mehrverkehr? Was ich dazu sagen kann, ist, dass die Aula schon heute sehr gut ausgelastet ist und Publikum aus der ganzen Region anzieht. Mit dem vorliegenden Geschäft wird vielmehr auf die Bedürfnisse der aktuellen Nutzer der Aula reagiert, als neue Kreise anzusprechen. Das sind meine Antworten auf die GPK-Fragen.

Alain Jenni (GFL): Zuerst einmal bedanken wir uns beim Gemeinderat für den Bericht und Antrag. Grundsätzlich wurde uns dieses ausführlich niedergeschrieben und geschildert. Es wird sehr viel in dieses Geschäft fliessen, finanziell wie auch materiell. Denn einige der Sanierungsarbeiten sind absolut notwendig.

Es stellen sich jedoch einige Fragen zum Geschäft: Einerseits wird bei den Kosten eine Genauigkeit oder besser Ungenauigkeit von +/- 25 % angegeben. Klar ist es ein Umbau und klar ist es ein eher altes Gebäude. Doch schwankende Preise von +/- 25 % deuten auf eine Ungenauigkeit bei der Planung und der Vorbereitung des Projektes hin. Schliesslich schwankt der Preis so von ca. 1 Mio. Franken auf ca. 1.7 Mio. Franken. Und so reicht der "Gewinn" aus dem Kreisgeschäft nicht einmal annähernd aus. Wir stimmen jedoch der geplanten Kompensation aus dem Investitionsplan 2018 - 2020 zu, auch wenn diese bei Kosten von + 25 % nicht annähernd reicht.

Weiter ist der zweite Anlauf bei der Asbestsanierung zwar ärgerlich und wie immer massiv teuer, jedoch unumgänglich. Daher beinahe absolutes Verständnis dafür.

Die erwähnte "Überarbeitung" beim Zugluftproblem wurde ebenfalls als notwendig empfunden. Teilweise, und an gewissen Stellen im Saal, machte sich dieses Problem sehr stark bemerkbar. Wir hoffen, dass dies nach der Teilsanierung zumindest ein wenig besser sein wird. Die Photovoltaik- bzw. Solaranlage wurde bereits im Vorfeld angesprochen und es besteht ein gewisses Verständnis für die Nichtausführung der Anlage. Als Vorschlag könnte das Dach mit kleinem Aufwand begrünt werden, was die Isolation im Sommer verbessern würde. Zudem sieht dies ja auch das neue Baureglement vor. Wie ein Fachmann gesagt hat, ist das Projekt einer Photovoltaikanlage auf diesem Dach nicht geeignet. Es gäbe jedoch noch weitere, sehr gute Flächen in Zollikofen, auf welchen sich die Installation einer Photovoltaik- oder Solaranlage eignen würde. Als Beispiel dazu ist das Dach der Turnhalle Geisshubel zu nennen.

Als jedoch wichtigste Priorität sollten die Bedürfnisse der Schule diskutiert werden. Aufgrund der Raumerweiterung der Aula für Vereine, bedingt es jedoch neu einer multifunktionalen Umgebung. Somit müssen die Bedürfnisse der Aula-Benützer (also Parkplätze und Anlieferung) und die Bedürfnisse der Schule (also eine kinderfreundliche Gestaltung mit mehr Grünflächen) beachtet werden. Was uns absolut fraglich und unerklärlich vorkommt, ist die Begründung des Gemeinderates zur Ablehnung des Antrages der Lehrerschaft. Lastwagen und Cars? Das einzig schwere Fahrzeug über 10 Tonnen, welches diesen Platz befahren sollte, ist das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr. Sonst sollten solche Fahrzeuge weiterhin vom Platz fern bleiben. Weiter kann der Platz ja auch nur einige kleine Bäume erhalten, denn dieser bleibt weiterhin betoniert. Der Dialog zwischen der Schule und den Parteien muss dabei gesucht und die beste Zwischenlösung gefunden werden. Aber offensichtlich will man es sich einfach machen, da alles komplizierter zu bauen ist, als ein trostloser Asphaltplatz. Mit Fr. 100'000.00 und den richtigen Partnern könnte längst ein grüner, kinderfreundlicher und stabiler Platz errichtet werden. Wir möchten weiter darauf hinweisen, dass dieser Platz am meisten von Kindern betreten wird, schliesslich ist es in erster Linie ein Pausenplatz und nicht ein Parkplatz. Es kann nicht sein, dass dieser vom Gemeinderat nur noch als Park- bzw. Verkehrsplatz angesehen wird. Ansonsten müssten die Sicherheitsmassnahmen gegenüber Kindern massiv angepasst werden. Das ist vorläufig alles aus der Fraktion.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Die SP-Fraktion freut sich, dass der Rat heute eine Vorlage behandeln kann, die den Sanierungsbedarf am Aula Gebäude in optimaler Weise mit der dringend nötigen

Raumerweiterung verbindet. Es ist eine grosse Chance, dass die Gemeinde im Zuge der Bauarbeiten an der Gebäudehülle gleichzeitig auch die prekären Raumverhältnisse für die Durchführung von grossen Anlässen verbessern kann. Was in diesem Haus sofort und zwingend gemacht werden muss ist die endgültige Beseitigung der noch vorhandenen Asbestvorkommnisse. Was daneben für die Verbesserung der Gebäudehülle und der Innenräume sinnvollerweise noch zu tun ist, wird vom Gemeinderat ausführlich dargelegt. Ebenso wird überzeugend begründet, warum weitere mögliche Anpassungen an die heutigen Standards aus ökonomischen, technischen oder architektonischen Gründen nicht ausgeführt werden sollen. Wir nehmen diese informativen Ausführungen im Bericht zur Kenntnis und haben dazu keine Bemerkungen. Ausgenommen eine. Dass der asphaltierte Pausenplatz, der an die Aula angrenzt, speziell für die Aula eine grosse Multifunktionalität zu erfüllen hat, wird vom Gemeinderat nachgewiesen. Er begründet ziemlich ausführlich und nachvollziehbar, warum auf die Eingabe der Fachschaft Naturwissenschaften der Sekundarstufe nicht eingegangen werden kann. Für Experimente mit einem anderen Belag eignet sich dieser Platz nicht. Das ist auch ganz klar unsere Meinung. Wenn der untere Pausenplatz bei grösseren Anlässen der Vereine oder auch von der Schule als Parkiermöglichkeit wegfällt, verteilen sich die Autos einfach in die nahegelegenen Quartierstrassen. Wegzaubern lassen sie sich ja nicht und kein Veranstalter wird seinen Besuchern verbieten wollen, mit dem Auto zu kommen. Es wurde gesagt, sie kämen teilweise aus der ganzen Region.

Jetzt zur Raumerweiterung: Die Aula der Sekundarschule hat sich für die aktiven Vereine und die Gemeindebehörden immer mehr zum gefragten Gemeindesaal entwickelt. Es fehlen aber wesentliche Infrastrukturen und es wird eng bei grossen Anlässen, ganz besonders wenn auch ein Gastronomieangebot produziert wird. Es hat keine Garderobe, keine richtige Küche und die WC-Anlagen sind zu klein. Parallel zur Teilsanierung des Gebäudes wird sich das jetzt ändern. Im Richtprojekt, das uns heute vorliegt, ergibt sich mit dem Anbau und der Raumerweiterung im Erd- und Untergeschoss ein Nutzungskonzept, das die Bedürfnisse der Vereine für die Durchführung attraktiver, erfolgreicher Veranstaltungen abdeckt. Erfahrene Vertreter der Hauptnutzer haben das bestätigt. Vereine, die als Hauptnutzer gelten, werden bei der Ausarbeitung des eigentlichen Projektes einbezogen, ebenso die Schule, deren Bedürfnisse natürlich auch einfließen sollen. Als Verfasser der überwiesenen Motion vom Mai 2016 darf ich feststellen, dass der Gemeinderat den seinerzeit vom GGR überparteilich erteilten Auftrag klar erfüllt hat. Und ich gehe davon aus, dass die Mitunterzeichner der Motion der gleichen Auffassung sind. Meine Motion kann also abgeschrieben werden, mit dem Dank an alle, die bei der Ausarbeitung des Raumprogramms und des Richtprojekts mitgearbeitet haben. Euch, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, möchte ich ans Herz legen, den Kredit von 1,38 Mio. Franken zu bewilligen und das Geschäft nicht mit Auflagen zu belasten oder sonst wie zu verzögern. Ich bitte euch, im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag des Gemeinderates, so wie er vorliegt, zuzustimmen. Danke.

Markus Burren (SVP): Die SVP-Fraktion befürwortet die Teilsanierung und Raumerweiterung der Aula. Wir danken dem Gemeinderat für die weitsichtige Planung, das heisst, insbesondere das Einstellen auf den Finanzplan, welcher jahrelangen Vorlauf gebraucht hat. 1,38 Mio. Franken, das ist ein stolzer Betrag, aber es ist nötig und wir erhalten einen grossen Gegenwert dafür. Insbesondere die Schule und unsere Vereine. Alle, die schon einmal hier in dieser Küche der Aula gearbeitet haben oder mitgeholfen haben, hier einen Anlass zu organisieren, wissen, die Verhältnisse sind eng. Und sie wissen auch, dass etwas neu gemacht werden sollte. Jetzt ist der Zeitpunkt da. Packen wir's an, es ist nötig, es ist mehrere Jahrzehnte her, seit die Aula durch unsere Vorfahren hier erschaffen wurde. Wir haben es gehört, der Parkplatz. Der Parkplatz, Pausenplatz, was wollen wir. Wir müssen eine gemischte Lösung dafür finden. Und für uns ist klar, dass wir den Antrag der GFL nicht unterstützen werden. Hier schliessen wir uns dem Votum von Hans-Jörg Rhy (SP) an. Wir sehen, wenn wir hier für unsere Vereine etwas machen wollen, dann brauchen wir Parkplätze. Wir können die Autos nicht wegzaubern. Wir haben keine Chance. Und wir sehen auch, wenn wir hier begrünen, grienen, machen, dass alles hier ganz schön aussieht - der Abwart wird uns sicher nicht dankbar sein. Auch die Schüler nicht, wenn sie hier zur Schule gehen. Und der Abwart kann den

Platz nicht mehr sauber putzen und die Schüler können mit den Fahrrädern nicht mehr hinfahren. Nebst dem allem, wenn wir einen Grienplatz hätten, würde es auch die Anlage, sprich die Schulzimmer, Turnhalle und vieles mehr betreffen. Dementsprechend lehnen wir diesen Antrag ab. Und wenn wir Parkplätze verhindern wollen, dann brauchen wir die 1.38 Mio. Franken nicht anzutasten, dann können wir es sein lassen. Also, geben wir uns den Mut, stimmen dem Antrag zu, den 1.38 Mio. Franken und haben die nächsten 20 Jahre wieder Ruhe. Die Schule ist zufrieden, die Vereine sind zufrieden und ich hoffe, die Stimmbürger auch.

Martin Doriot (FDP): Ich darf im Namen der FDP zum Geschäft Stellung nehmen. Es geht – wie bereits erwähnt wurde – einerseits um die Sanierung der Aula und andererseits um eine Raumerweiterung. Beide Anliegen sind in der Fraktion unbestritten, weil sie sowohl den vielen Schulkindern, den ortsansässigen Vereinen und weiteren Aktivitäten der Gemeinde zu Gute kommen. Im Zusammenhang mit der Sanierung wurden in der Fraktion insbesondere folgende drei Punkte diskutiert. Erstens: Beim Spritzasbest handelt es sich gemäss Bericht um eine heikle Anwendung mit hohem Freisetzungspotenzial. In diesem Zusammenhang haben wir uns gefragt, wie wohl der Spritzasbest entfernt wird, ohne dass die Kinder und die LehrerInnen gefährdet werden. Der Schulbetrieb läuft ja während der Sanierungsphase normal weiter. Ausserdem würde uns interessieren, wie der Spritzasbest entsorgt wird. Zweitens: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass eine Aussendämmung aus Kostenüberlegungen nicht opportun ist. Die Überlegung, dass die Energieeinsparung in keinem Verhältnis zu den Kosten steht, können wir nachvollziehen. Drittens: Bei der Sanierung des unteren Pausenplatzes ist die Frage aufgetaucht, ob anstelle eines geschlossenen Belags eine ansprechende Gestaltung, beispielsweise mit Verbundsteinen, möglich wäre. Aber wir gehen jetzt nicht soweit. Die Raumerweiterung wird auch in der Fraktion begrüsst. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass mit den heutigen Grundrissen gearbeitet wird, was uns sinnvoll erscheint. Auch die Umbauarbeiten im Foyer-Bereich mit der Vergrösserung der Küche und den behindertengerechten WC-Anlagen werden begrüsst. Die Kosten fallen offensichtlich höher aus, als im Investitionsplan 2018 budgetiert. Uns hat in diesem Zusammenhang befremdet, dass der Mehrbetrag durch die Einsparungen bei der Sanierung Kreuzung Eichenweg/Länggasse gerechtfertigt wird. Aus unserer Sicht hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Hingegen freut es uns, dass bei der Vergabe der Bauaufträge kleinere und mittlere Unternehmen aus der Gemeinde berücksichtigt werden sollen. Die FDP stimmt diesem Antrag zu und ist gespannt, wo die GGR-Sitzungen während der Sanierungsphase der Aula stattfinden werden.

Bruno Vanoni (GFL): Ich ging von einem etwas anderen Regieablauf aus, aber ich glaube, dass ich jetzt den Antrag begründen kann, weil doch schon einige Missverständnisse aufgedeckt worden sind. Ganz vorne weg, es geht nicht darum, Parkplätze wegzuzaubern. Es geht auch nicht darum, Parkplätze aufzuheben, sondern es geht einzig und alleine um einen anderen Boden für den unteren Pausenplatz. Aber ich möchte zur Begründung noch ein bisschen weiter vorne beginnen. Nämlich, bei der Finanzkommission. Diese hat für einmal nicht auf die Spurbremse getreten, sondern sie hat einen möglichst grosszügigen Erweiterungsbau verlangt, damit das Aula-Gebäude durch die Erweiterung auch wirklich einen Mehrwert erhält. Dieser Wunsch hat die Kosten um immerhin Fr. 170'000.00 erhöht. Wir tragen das mit, wir haben auch die Motion unterschrieben und sind bereit, dem beantragten Kredit von 1,38 Mio. Franken zuzustimmen. Aber wir finden, dass der Mehrwert nicht bloss für die Vereine im Aula-Gebäude entstehen sollte, sondern auch in der Umgebung, für die Schule. Und erfreulicherweise haben ja Lehrpersonen einen konkreten Vorschlag gemacht, wo sie den Mehrwert haben möchten. Nämlich in der Schulhausumgebung, namentlich auf dem unteren Pausenplatz. Sie haben ein Konzept entworfen für die Umgestaltung der heute doch recht sterilen, eintönigen Schulhausumgebung in einen schülerfreundlichen und naturnahen Erlebnisraum. Ich finde, wir sollten den Vorschlägen der Lehrpersonen etwas mehr Gehör schenken, als es aus dem Bericht und Antrag des Gemeinderates zum Ausdruck kommt.

Wenn man den Bericht des Gemeinderates liest und die zugehörigen Akten studiert, erhält man den Eindruck, dass es nur ein Entweder-Oder gibt. Entweder den ganzen Pausenplatz neu teeren oder den ganzen Platz ohne Bodenversiegelung umgestalten. Wir finden, nach einigen Abklärungen und Gesprächen, es gäbe auch noch einen Mittelweg, damit neben den

Interessen der Aula- und Parkplatz-Nutzer auch dem Interesse der Schule an einem attraktiveren Pausenplatz besser Rechnung getragen werden kann. Wir möchten mit unserem Antrag nichts verhindern, wir möchten auch nicht den Kredit blockieren, sondern wir möchten nur den Auftrag geben, im Rahmen der Detailplanung zu prüfen, ob nicht wenigstens ein Teil des Platzes im Sinne der Anregungen aus der Lehrerschaft gestaltet werden könnte. Also einen Teil teeren, z.B. die häufig genutzten Parkplätze gleich neben der Aula, und den übrigen, weniger intensiv genutzten Teil mit einer anderen Oberfläche versehen, z. B. mit Schotterrasen oder Rasengittersteinen, wie man es von anderen Orten kennt. Es geht nicht um Experimente, solche Bodenbeläge für Parkplätze sind anderen Orten gebräuchlich und bewährt. Mit einer solchen Lösung könnten wir erstens zeigen, dass wir engagierte Lehrpersonen und ihre Anliegen ernst nehmen und den Interessen der Schule auf ihrem Areal mehr Gewicht geben. Wir könnten zweitens auch übergeordneten Grundsätzen Rechnung tragen, z. B. dem Prinzip, dass Regenwasser möglichst versickern soll. Auch zur Entlastung der ARA und der Abwasserrechnung. Es gibt eine Richtlinie des zuständigen Fachverbandes. Diese verlangt beispielsweise, dass Plätze und insbesondere Parkflächen wo immer möglich wasserdurchlässig sein und möglichst begrünt werden sollen. Und drittens könnten wir auch zeigen, dass es uns ernst ist mit Grundsätzen, die wir im letzten Jahr unbestritten ins neue Baureglement geschrieben haben. Ich weiss, es ist noch nicht in Kraft, aber wir alle haben die neuen Artikel beschlossen und sie vor dem Volk verteidigt.

In Art. 40 heisst es beispielsweise, man solle das flächenmässige Versickern und wasserdurchlässige Beläge vorsehen. In Art. 43 heisst es, man solle die Siedlungsökologie pflegen, zur Schaffung von naturnahen Lebensräumen innerhalb des Baugebiets. Und noch deutlicher steht im neuen Baureglement in Art. 11, in welchem über Zonen für öffentliche Nutzungen geschrieben wird, und das Schulareal ist eine solche Zone, bei Umgestaltungen und bei der Pflege von solchen Zonen sind im Interesse der Siedlungsökologie geeignete Massnahmen zur Förderung von naturnahen Lebensräumen umzusetzen.

Wir haben jetzt bei der Schulhausumgebung eine Gelegenheit, diesen schönen Worten erste Taten folgen zu lassen. Bis die Arbeiten am Pausenplatz beginnen können haben wir noch Zeit, die Anliegen aus der Lehrerschaft aufzugreifen und zumindest den besprochenen Mittelweg, welchen ich skizziert habe, nochmals zu prüfen. Und wer weiss, vielleicht entstehen da noch bessere Ideen daraus, als uns bis jetzt eingefallen sind, wenn man miteinander ins Gespräch kommt. Die Lehrerschaft hat sich übrigens bereits von einer externen Fachperson beraten lassen und dabei die Auskunft erhalten, dass eine Entsiegelung des Platzes finanziell, kurzfristig und langfristig, günstiger zu stehen kommen könnte. Verpassen wir doch diese Chance nicht und stimmen diesem Antrag, welcher ein Prüfauftrag ist, für den weiteren Verlauf der Projektierung zu.

Andreas Buser (glp): Ich will jetzt nicht wiederholen, was schon alles gesagt worden ist. Auch wir von der Grünliberalen stehen hinter der Raumerweiterung, die fürs Durchführen von verschiedenen Anlässen schlicht nötig geworden ist. Auch die vorgesehenen Sanierungen machen Sinn. Dass bei einer Asbestsanierung, welche in den 90er Jahren gemacht wurde, aus heutiger Sicht nachgebessert werden muss, das kommt vor. Je nach Struktur der Oberfläche, auf welcher der Spritzasbest war, ist es schwierig, wirklich alles zu beseitigen. Man muss auch sehen, dass diese Arbeiten unter Vollschutz (Atemschutz und Schutzanzug) stattfinden, das hat es damals zusätzlich schwierig gemacht. Darüber, dass der Belag des unteren Pausenplatzes in einem schlechten Zustand ist, müssen wir nicht diskutieren. Und auch, dass man diesen gelegentlich ersetzen muss, steht nicht zur Diskussion. Hingegen finden wir es unverständlich, dass man entgegen der Wünsche der Lehrerschaft den ganzen Platz asphaltieren möchte. Anders, als in den Unterlagen angegeben gibt es, wie bereits erwähnt, durchaus Möglichkeiten für unversiegelte Flächen, auf welchen auch das Parkieren und Wenden von Lastwagen, Cars, Feuerwehrautos möglich ist, ohne dass es gleich Gräben oder Löcher gibt. Wenn das richtige Material angewendet wird, geht das z. B. mit Rasengittern. Laut einer Auskunft des Naturama in Aarau wäre eine Entsiegelung des Platzes kurzfristig und langfristig sogar günstiger als eine Neuasphaltierung. Es reicht doch, wenn man z.B. die Fahrspur asphaltieren würde. Die kann auch, wie als Voraussetzung erwähnt, für Paletten Rollis oder Skateboards befahren werden. Für Flächen, welche zeitweise auch als Parkplatz genutzt würden, eignen

sich wie gesagt Rasengitter oder auch ein Schotterrasen. Zumindest ein paar Bäume oder Büsche hätten dann bestimmt auch noch Platz. Ein so gestalteter Platz weist, gerade im Sommer, an heissen Tagen, ein deutlich angenehmeres Mikroklima auf. Ausserdem entspricht der Platz so den Bestimmungen des Gewässerschutzrechts, welches vorschreibt, nicht verschmutztes Abwasser wenn immer möglich versickern zu lassen. Auch auf der Gemeinde-Webseite steht unter anderem: "Die Versickerung von Meteorwasser gewinnt künftig an Bedeutung, weil damit Engpässe im Netz bei Spitzenabflüssen vermieden werden können." Aus diesen Gründen bitte ich euch, dem Antrag der GFL, der keine Auswirkungen auf den Rest des Projekts hat und auch keine Verzögerungen auslöst, zuzustimmen.

Samuel Tschumi (SVP): Die meisten kennen meine Interessen, ich bin beim Chörli Zollikofen Mitglied, deshalb kann ich auch gleich darauf Bezug nehmen. Wir haben am 27. Januar mit der Reservation angefangen und haben bis heute bereits 1'300 Leute, die sich angemeldet haben. Sie kommen aus der ganzen Schweiz und reisen dementsprechend, aufgrund der Durchführungszeit, mit dem Auto an. Der Chörliabend ist nicht mehr möglich, wenn nicht mehr alle Parkplätze, die heute zur Verfügung stehen, vorhanden sind. Die Autos werden sogar um die Skateanlage, um jedes Element herum parkiert, damit wir Platz für alle Autos haben. Es gibt jetzt zwei Varianten, wie wir das Problem lösen können. Entweder, wir verzichten auf das Projekt und dann macht's auch gar keinen Sinn. Oder, wir asphaltieren eine andere, angrenzende Fläche. Das sind diese beiden Möglichkeiten. Von wegen LkW, der nicht auf den Platz kommt. Wer schon mal zugeschaut hat, wenn wir unsere Konzerte haben, schon nur aufgrund der Menge der Getränke, brauchen wir einen "Viellader". Das kann man nicht mit einem kleinen Auto hinfahren. Weiter haben wir auch ältere Gäste und Leute, die in der Tracht kommen. Eine unversiegelte Fläche ist sowohl hinsichtlich der Kleider, als auch für Personen, die nicht gut zu Fuss sind, ungeeignet. Ich bitte euch deshalb, zugunsten des Vereinslebens den Antrag des Gemeinderats anzunehmen.

Markus Burren (SVP): Bruno, ich habe vorhin schon ein bisschen Schoggi gebraucht. Du hast gesagt, die Finanzkommission habe das Projekt um Fr. 170'000.00 erhöht. Das war nicht die Finanzkommission. Die Finanzkommission hat noch nie in einem Geschäft sagen können, was rein muss und was raus muss. Die Finanzkommission kann höchstens einen Antrag stellen. Aufgrund der vorliegenden Unterlagen, das haut mich auch ein bisschen aus den Schuhen denn es sind Sachen, die du vielleicht nicht unbedingt hättest wissen sollen, hätte man sagen können, wenn das Projekt uns so vorgelegt worden wäre, hätte es nicht so grosse Chancen gehabt. Man hat geschaut, was kann man machen, damit es hier ein gutes Projekt gibt. Und dann war es nicht die Finanzkommission. Es ist der Gemeinderat, der hier den Antrag stellt, an uns, den GGR, sonst niemand. Und das zum X-ten Mal. Ich möchte das richtiggestellt haben.

Petra Spichiger (SP): Ich spreche hier nicht aus Sicht der SP, ich spreche aus eigenem Interesse. Wir sprechen heute über den Kreditrahmen von der Sanierung des Raumes, in welchem wir gerade drin sind, aber diskutiert wird über den Pausen- und Parkplatz. Da gäbe es ganz viel zu sagen aus meiner Sicht. Haben wir ja schon gehört. Das mache ich aber nicht. Weil, ich habe im Antrag gelesen, das steht bei der Aula Sanierung: "Nach der Kreditgenehmigung wird das eigentliche Projekt unter Einbezug der Hauptbenützer der Aula ausgearbeitet". Darüber müssen wir hier nicht im Detail diskutieren, eigentlich. Ich gehe davon aus, dass die Leute, die das ausgearbeitet haben, die verantwortlichen Personen für Gebäude und Umgebung und die Lehrerschaft miteinbeziehen. Dass diese Personen mitreden, ihre Stimmen abgeben können, damit die Sanierung am Schluss eine schlaue Lösung für alle sein wird. Und ich bin auch der Meinung, es gibt Zwischenlösungen der beiden sehr kontroversen Vorschläge, die wir jetzt haben. Von unversiegelt bis ganz versiegelt - und selbstverständlich gibt es eine Lösung, die im vorgegebenen finanziellen Rahmen sein wird.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich danke euch für die vielfältigen Stimmen, vor allem für die Unterstützung des Sanierungsplans und Erweiterung für die Aula. Ich komme zum Platz. Dieser Platz gehört weder ausschliesslich zur Schule, noch ausschliesslich zur

Aula. Bis jetzt war eine gemeinsame Nutzung problemlos. Ich möchte, dass sich die Fronten ein bisschen entschärfen. Es wird eine Lösung geben, denke ich. Es ist ein durchaus sympathisches und berechtigtes Anliegen, das ein Teil der Lehrerschaft eingebracht hat, die Schulhausumgebung naturnah und kinderfreundlich zu gestalten. Wer könnte etwas dagegen haben, das ist ja wirklich sehr sympathisch. Beim hinteren Teil der Sek-Anlage, die geht ja noch weit in diese Richtung, wo es noch nicht so naturnah und kinderfreundlich ist, ist die Idee absolut anstrengenswert und soll auch so umgesetzt werden. Der Platz, worüber wir jetzt aber sprechen, ist aus der Sicht des Gemeinderates schlicht und einfach das falsche Objekt für eine solche Umsetzung. Warum kommt der Gemeinderat zu diesem Schluss: Wir wollen 1,38 Mio. Franken in die Aula investieren. Gleichzeitig steht aber die Forderung im Raum, den Platz so umzugestalten, dass er der Aula direkt nichts mehr nützt. Das beisst sich und zwar relativ gewaltig. Es waren bereits diverse Voten da, was geht, was nicht, ich möchte das nicht wiederholen. Etwas, was noch nicht gesagt worden ist; wir haben eine Skating-Anlage im hinteren Teil dieser Umgebung. Auch Rollbrett- und Trottinettfahrer etc. brauchen diesen Platz um zur Skating-Anlage zu kommen. Ist jemand von euch schon mal auf einem Schotter Belag mit den Rollschuhen gefahren? Das geht einfach nicht. Das ist der eine Teil. Sehr oft finden auch Veranstaltungen, wie z. B. des Familienclubs, auf dem Platz statt, mit Marktständen etc. Man hat z.B. auch schon ein Kinderzügli aufgestellt. Und für solche Sachen ist ein fester Boden einfach das Ideale. Ich kann so viel sagen, dass wir uns dem Dialog mit der Schule sicher nicht verschliessen, haben aber hier wirklich konkrete Vorstellungen, wie der Platz künftig gestaltet werden soll, damit er eben einen Nutzen bringt für die neu sanierte Aula. Wir sind auch der Meinung, dass Verbundsteine nicht geeignet sind (Anlieferung etc.). Fazit: Wir sind für eine Schulhausumgebung, die kinderfreundlich und naturnah ist, aber nicht just hier auf dem Platz vor der Aula, wir finden, das ist wirklich das falsche Objekt. Es macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, diesen Platz als Teilprojekt wie es beispielsweise der Antrag der GFL ist, herauszulösen. Dadurch würden wir Hoffnungen und Erwartungen schüren, die wir schlussendlich doch nicht möchten oder einhalten könnten. Ich bitte euch deshalb, aus gewichtigen Gründen, den Antrag der GFL abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Beat Baumann wird jetzt zu einzelnen Fragen noch Stellung nehmen.

Beat Baumann, Bauverwalter: Als erstes ist die Kostengenauigkeit angesprochen worden. Wir haben das bereits verschiedene Male thematisiert und ich habe es auch bereits einige Male hier drinnen erläutert. Uns ist es wichtiger, das Geld ins Projekt einfliessen zu lassen, als in Projektierungskosten. Darum schauen wir bei den Projekten darauf, dass die Projektierungskosten tief gehalten sind und nehmen dafür eine höhere prozentuale Kostengenauigkeit in Kauf. Wir haben hier +/- 25 %, nach der Regel der Kunst, wie man eine Kostenschätzung macht, geht das nicht genauer auf dieser Basis von Kubik- und Quadratmeterpreisen, wie wir es hier gemacht haben. Aber selbstverständlich ist der Baukredit bei 1.38 Mio. Franken und nicht 1 Mio. Franken und nicht 1.7 Mio. Franken. Hier gelten die ganz normalen Zuständigkeiten. Der Kredit ist klar, ist de facto für den Bau das Kostendach. Zum begrüntem Dach: Dort werden wir im Ausführungsprojekt sicher darauf achten, was zu machen ist. Wir haben den Grundsatz, dass wir alle unsere Dächer, wenn wir sie sanieren, begrünen. Kostenmässig spielt es keine Rolle ob begrünt oder begrünt. Übrigens sind bereits heute bei den meisten Baubewilligungen, gestützt auf die Gewässerschutzgesetzgebung, Auflagen drin, dass die Dächer begrünt werden müssen. Das werden wir sicher aufnehmen. Zur Asbestsanierung, wie geht das vorstatten: Die betroffenen Teile des Gebäudes werden luftdicht abgeschottet, das heisst, Türen, Fenster etc. werden dicht gemacht und nachher wird hier drinnen ein Unterdruck erzeugt. Während den ganzen Arbeiten ist in der Aula Unterdruck, beim Eingang wird es bei der Türe eine Schleuse haben, damit das funktioniert und damit ist gewährleistet, dass keine Partikel in die Umwelt freigesetzt werden und damit weder Tier noch Mensch noch Umwelt gefährdet werden. Die Leute, die hier drinnen arbeiten, müssen unter Vollschutz arbeiten, mit Atemmaske, etc. Wo das Material anschliessend genau hinkommt, das weiss ich nicht. Das entzieht sich meiner Kenntnis, aber ganz klar, das erfolgt nach den Vorschriften, genau so wie man muss. Da geht kein Weg daran vorbei. Die Firmen, welche die Bauarbeiten ausführen, müssen zertifiziert sein, da gibt es eine Liste, wer das beispielsweise im Kanton Bern machen

darf. Die Firmen müssen lizenziert sein und somit ist gewährleistet, dass das Material ordnungsgemäss entsorgt wird.

Wo der GGR seine Sitzungen während dieser Zeit des Umbaus abhalten wird, da sind bereits Lösungen angedacht, aber nicht detailliert geplant. Aber der GGR wird seine Sitzungen haben können.

Bruno Vanoni (GFL): Gestützt auf Artikel 26 der Geschäftsordnung möchte ich noch eine persönliche Erklärung abgeben. Ich wurde persönlich angesprochen von Markus Burren. Er hat ein bisschen unterschwellig angedeutet, dass ich möglicherweise Informationen verwendet habe über die Stellungnahme der Finanzkommission, welche ich gar nicht hätte haben dürfen. Ich sage nur eines. Es gibt im Artikel 19 der Geschäftsordnung eine Bestimmung, die den GGR-Mitgliedern das Akteneinsichtsrecht gibt und ich habe davon Gebrauch gemacht diese Woche. Wenn das ein Fehler war und man mir dieses Akteneinsichtsrecht irrtümlich gegeben hat, dann bitte ich darum, mir das zu sagen, dann mache ich das nicht mehr. Und die zweite Bemerkung ist, im Bericht und Antrag, Stellungnahme der Finanzkommission, steht, sie habe gesagt, dass das Vorhaben möglichst grosszügig ausfallen solle. Die Kommission erkannte hinsichtlich der Raumerweiterung insbesondere dem Erweiterungsbau und der Raumeinteilung noch Verbesserungspotenzial. Auf die Hinweise der Finanzkommission hat der Gemeinderat reagiert und die Vorlage in diesem Sinne optimiert (Bemerkungen des Gemeinderats). Wenn man da eins und eins zusammenzählt glaube ich, kann daraus abgeleitet werden, dass der Wunsch, das Vorhaben zu optimieren und grosszügiger zu gestalten, aus der Finanzkommission kam.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Danke Bruno. Wir nehmen zur Kenntnis, dass du Stellungnahme bezogen hast zu den Voten die deine Person betreffen. Nicht vergessen möchte ich, es gibt eine kurze Stellungnahme und wir nehmen das jetzt so mit. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir wollen zuerst über den Antrag der GFL abstimmen. Der Antrag B, die Genehmigung des Verpflichtungskredits, würde mit dem aufliegenden Satz ergänzt werden. Ich weise darauf hin, dass das im Sinne einer Prüfung eine Handlungsrichtlinie an den Gemeinderat ist und nicht bindend ist. Es wurde vorhin gesagt, man kann nicht davon ausgehen, dass es so ausgeführt wird, wie es im Antrag steht, das war die Aussage der Gemeinderätin.

Beschluss (16 Ja, 17 Nein)

Der Änderungsantrag der GFL-Fraktion, den Antrag B mit dem Prüfauftrag betreffend Umgestaltung Parkplatz zu ergänzen, wird abgelehnt.

Beschluss (einstimmig)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Der Verpflichtungskredit von Fr. 1'380'000.00 (inkl. MWST) für die Teilsanierung der Aula Sekundarstufe I und Raumerweiterung wird zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt (Konto 2170.5040.02).

A) In eigener Kompetenz:

Die Motion Hans-Jörg Rhyn (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Ausbau der Aula Sekundarstufe I zum Gemeinde- und Vereinssaal" wird als erledigt abgeschrieben.

3 1.92.1 Motionen

Motion Peter Kofel (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Unterstützung Café Mondial – Menschen treffen Menschen"; Erheblicherklärung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Die Antwort des Gemeinderates liegt vor, das Wort hat der Motionär.

Peter Kofel (GFL): Die Motion beauftragt den Gemeinderat, das Café Mondial, ein Integrationsprojekt von dialog-gesundheit, zu unterstützen. Die Unterstützung soll sich nicht nur auf eine finanzielle Entschädigung beschränken. Das Café Mondial bietet einmal pro Woche die Möglichkeit zu Begegnung und Austausch zwischen Menschen unterschiedlichster Herkunft. Die Idee des Café Mondial ist, sich regelmässig an einem öffentlichen Ort, in einem Restaurant, zu treffen, um einen Ort des Kennenlernens und gemeinsamen Lernens und Lehrens zu haben. Das Ziel ist es, diesen zukünftigen Kultur-Treffpunkt ohne Konsumationszwang weiter zu entwickeln. Die Idee des Café Mondial wurde 2016 beim vom Bund initiierten Förderprogramm kontakt-citoyenneté als Projekt eingereicht und gewann einen Förderpreis. Daraufhin startete das Café Mondial im Januar 2017 im Quadrat. Citoyenneté bedeutet mitreden, mitgestalten, mitentscheiden. Zu Citoyenneté gehört das Engagement für die Gesellschaft und der Wille, aktiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitzuarbeiten, sowie politische Partizipation. Und ganz wichtig: Citoyenneté betrifft alle. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM will Citoyenneté fördern. Deshalb hat sie das Programm Citoyenneté lanciert. Es umfasst verschiedenste Projekte, die neue Partizipationsmöglichkeiten eröffnen.

Das Förderprogramm kontakt-citoyenneté (www.kontakt-citoyennete.ch) fördert das interkulturelle Zusammenleben und ist ein gemeinsames Programm des Migros-Kulturprozent und der Eidgenössischen Migrationskommission EKM. Es unterstützt Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich Migration und Integration. Mit der jeweils aktuellen Neulancierung (aktuell wieder 2018/2019), werden Projektideen gesucht, welche das interkulturelle Zusammenleben bereichern und in Teamarbeit, sowie in freiwilligem Engagement umgesetzt werden. Auf diese Art sollen Innovationspotentiale der Zivilgesellschaft genutzt und Synergien zwischen Integrations-Fachstellen, Verbänden, der Privatwirtschaft und Privaten erschlossen werden. Die überzeugendsten Projektideen werden sowohl finanziell als auch mit einem Paket an Beratungsmassnahmen bei der Projekt-Realisierung unterstützt. Soviel zur Vorgeschichte. Das Café Mondial möchte jetzt von der Gemeinde einen wiederkehrenden Beitrag für das Betreiben des Café Mondial als Kultur-Plattform für interkulturelles Zusammenleben. Insbesondere für jeden dritten Montagabend pro Monat, wo die Bewohner der Kollektivunterkünfte mit ihren Helferinnen und Helfern den Abend gestalten. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Arbeit der Projektmitarbeiter freiwillig geleistet wird. Weiter möchte das Café Mondial regelmässige Auftrittsmöglichkeit im MZ unter Gemeinde-Mitteilungen, ähnlich wie das dialog-gesundheit Forum. Und schliesslich möchte es Unterstützung durch die Gemeinde für Medienaufmerksamkeit, z.B. in Tageszeitungen.

Wir danken dem Gemeinderat für den Bericht, für die Empfehlung, die Motion erheblich zu erklären und für die Bereitschaft, einen bereinigten Unterstützungsantrag für das Café Mondial erneut zu prüfen. Ich bin der Überzeugung, dass ein Beitrag für ein solches niederschwelliges Integrationsangebot sinnvoll ist und sonst an anderer Stelle anfallende Kosten einspart. Ich bitte euch, der Motion zuzustimmen und damit dieses Integrationsprojekt zu unterstützen.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in der Gesellschaft ist die Sprache. Deshalb müssen die Asylberechtigten und Asylbewerber mit einer guten Perspektive möglichst rasch den Zugang zur deutschen Sprache erhalten. Aber es geht nicht nur um die sprachliche, sondern auch um die kulturelle, die soziale, die arbeitsmarktliche Integration. Es gehört auch dazu, dass die Menschen auf eigenen Beinen stehen können. Eine rasche und gute Integration fördert das und wirkt darauf hin, dass man die betroffenen Personen wahrnimmt oder dass sie weniger lange von materieller Unterstützung von Gemeinde, Kanton und Staat abhängig sind. Ich bin überzeugt, dass eine ziel-

gerichtete und überprüfbare Anfangsinvestition auf lange Sicht die weitaus besseren Ergebnisse zeigt, als nachträgliche Unterstützungsleistungen. Ich bin ebenso überzeugt, dass jeder Franken, welchen wir in die Integration investieren, die Gemeinde in anderen Budgetposten, z. B. in der Sozialhilfe, einspart. Den direkten Zusammenhang oder die Abhängigkeit zu ermitteln ist aber sehr schwierig und es wäre vermessen, wenn ich jetzt hier ein Verhältnis sagen würde, welches nicht belegt werden kann. Entscheidend ist aber aus meiner Sicht, dass eine umfassende Integration stattfindet. Das passiert jedoch nicht von selbst, es braucht das Engagement des Aufnahmestaats, es braucht vor allem das Engagement der Aufnehmenden selber. Wer in unserem Land bleiben möchte, muss das Wesentliche zur Integration leisten, nicht nur im wünschbaren, sondern auch im Pflichtteil. Und es benötigt aber auch das Engagement von privater Seite so wie das das Café Mondial betreibt. Das Café Mondial ist ein einmal pro Woche stattfindendes Angebot von Freiwilligen für alle dort verkehrenden Menschen, in öffentlichen Veranstaltungen. Das beruht auf der Uneingenommenheit von politischen und religiösen Unabhängigkeiten. Das bezweckt die Einführung der hier lebenden Menschen, unabhängig von der Herkunft, vom Bildungsstand und sozialen Status und vom Ausweis. Das Café Mondial vermittelt auf einfache Art und Weise das Leben hier in Zollikofen und wie die Schweiz funktioniert. Und je mehr Wissen vermittelt werden kann, desto besser finden sich die Menschen hier zurecht und kennen unsere Werte und unsere Bräuche, kennen rechtzeitig unser Bildungssystem und nicht erst wenn jemand in die Schule muss. Das wiederum hilft der Lehrerschaft und dem ganzen Schulbetrieb. Das Café Mondial braucht aber auch finanzielle Unterstützung, damit es weiterhin das niederschwellige Zusammentreffen zwischen den Bewohnern der Kollektivunterkünfte, der ausländischen und einheimischen Bevölkerung anbieten kann. Aus diesem Grund braucht das Café Mondial Geld. Und in diesem Rahmen ist der Gemeinderat auch bereit, diese Motion Richtlinienmotion als erheblich zu erklären.

Markus Burren (SVP): Die Motion tönt interessant. Es ist gut, macht man etwas. Aber wenn ich die Antwort des Gemeinderates lese, muss ich sagen, da sind zwei, drei Sachen wahrscheinlich schief gelaufen. Café Mondial hat offenbar dem Gemeinderat ein Gesuch eingereicht mit einem Finanzierungsantrag, bei welchem die Unterlagen unvollständig sind. Bisher hat es aber niemand für nötig gehalten, wie es dort drin steht, die Unterlagen nachzureichen. Der Gemeinderat hat auch angeboten, das bei einer weiteren gemeinsamen Sitzung zu besprechen. Offenbar, wie man lesen konnte, ist seit 2017 kein Termin mehr möglich gewesen. Der Gemeinderat ist noch offen, wie wir lesen konnten. Warum braucht es denn überhaupt einen Vorstoss? Ich verstehe es noch nicht, es ist ein bisschen kompliziert, aber man muss auch nicht immer alles verstehen. Ich finde es gut, dass es sowas gibt, wo man sich begegnen kann. Aber wenn ich auf die Homepage gehe und das hier lese, Informationsabend Einbürgerung. Ich dachte, Edi habe vorhin gesagt, es seien für Leute, die in erster Phase hier sind. Dies hier ist für die Fortgeschrittenen, die Einbürgerung. Diejenigen, die schon voll integriert sind hier. Alles andere ist nur auf die Spatzen geschossen aus meiner Sicht. Aus diesen Gründen, dass die Unterlagen nicht vollständig sind, dass kein Termin hat gefunden werden können und insbesondere wegen des erwähnten Anlasses, lehnen wir die Motion ab.

Peter Kofel (GFL): Ich möchte eine Ergänzung machen auf das, was Markus gesagt hat. Meines Wissens sind die genannten Unterlagen nachgereicht worden, relativ zeitnah, letztes Jahr. Warum kein Termin hat gefunden werden können, entzieht sich meiner Kenntnis. Und was vorhin gerade am Bildschirm eingeblendet war, das hat nicht an einem der dritten Montage stattgefunden, für welche der Kredit jetzt beantragt worden ist.

Stefan Stock (FDP): Integration ist auch ein Auftrag der Gemeinde. Es gibt diverse Vereine und Clubs (Turnen, Karibu, Kirchen), welche die Integration bereits leben. Grundsätzlich sollte eine freiwillige Zusammenkunft ohne Konsumationszwang kein Geld verschlingen. Allerdings hat uns der Fussballrasen auch über 1 Mio. Franken gekostet. Wir haben in unserer Fraktion daher Stimmfreigabe beschlossen.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Ich kann es euch sehr leicht machen und kann zu den Fragen oder euren Gründen sehr gut Antwort geben, damit ihr dieser Motion zustimmen könnt.

Ja, der erste Anlauf ist wirklich bachab gegangen, den nehme ich voll auf meine Kappe. Ich habe das etwas unterschätzt, ich dachte, es sei im Gemeinderat ein Selbstläufer. Wir sind zum Café Mondial gegangen und haben das angeschaut. Die Unterlagen sind kurz darauf eingereicht worden, kurz darauf ist auch die Motion lanciert worden und da habe ich gesagt, ich möchte noch keinen Termin mit ihnen sondern möchte zuerst wissen, wie die Meinung von euch allen ist. Nicht, dass wir mit dem Café Mondial grosse Sitzungen machen, Konzepte ausarbeiten, wie könnte die Unterstützung aussehen und dann sagt ihr nein. Die Zeit ist mir und dem Café Mondial zu schade. Daher wollte ich keine Sitzung und nicht das Café Mondial. Und was den Anlass angeht, ich habe es vorhin auch erwähnt, das Café Mondial ist nicht nur für die Flüchtlinge, die in der Kollektivunterkunft leben, es ist für sämtliche Ausländer zugänglich. Somit ist die ganze Einbürgerungsgeschichte für sie natürlich auch ein Thema. Es ist aber auch für die Schweizer zugänglich. Es ist für alle da. Ihr seht, alle Gründe, die ihr angefochten habt, sollten aus dem Weg geräumt sein und ich hoffe, dass ihr zustimmen könnt.

Beschluss (21 Stimmen für Erheblicherklärung, 12 dagegen)

Die Motion Peter Kofel (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Unterstützung Café Mondial – Menschen treffen Menschen" wird erheblich erklärt.

4 1.92.1 Motionen

Motion Mario Morger (gfp) und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Betreuungsgutscheine ab 2019 auch für Zollikofen"; Erheblicherklärung

Mario Morger (gfp): Wir leben im 21. Jahrhundert und einige von euch denken vielleicht, dass die Chancenungleichheit in der Schweiz schon lange überwunden ist. Wenn man sich aber international herumschaut, muss man feststellen, dass der Erwerbsanteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung in der Schweiz zu den tiefsten in Europa gehört. Es ist ein denkwürdiges Zeugnis. Ich will nicht auf andere zeigen und sagen, der Bund oder der Kanton ist verpflichtet, das muss auf einer höheren Ebene angegangen werden. Ich würde sagen nein, da sind vor allem zuerst einmal die Gemeinden gefragt. Genau an dem Ort, wo sich das Familienleben konkret abspielt, dort müssen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stimmen. Und diese Rahmenbedingungen sind einfach immer noch nicht gut. Zahlreiche Studien zeigen, dass sich gerade für die Mittelschicht und Hochqualifizierte, moderne Haushaltsmodelle, also eine Situation, in welcher beide Partner erwerbstätig sind, finanziell nicht auszahlen. Der wertkonservative Politiker wird vielleicht kontern, dass Familien und Kindererziehung Privatsache sind. Aber das ist eine falsche Behauptung. Den Gemeinden und höheren Staatsebenen entgehen durch den negativen Erwerbsanreiz hohe Steuereinnahmen. Zollikofen bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern ein gut ausgebautes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung an. Aber die Tarife für Privatplätze sind hoch und die Wartefristen für subventionierte Betreuungsplätze immer noch teilweise sehr lang. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden wie Bern oder Köniz sind wir für Familien mit kleineren Kindern weniger attraktiv und haben in den letzten Jahren an Boden verloren. Das zeigt sich meiner Meinung nach auch am Steuersubstrat. Das Budget für das nächste Jahr, das wissen wir ja alle, sieht nicht sehr ermunternd aus. Jetzt kommt der Kanton mit einem vielversprechenden Systemwechsel. Die Vorteile der Betreuungsgutscheine sind vielfältig. Erstens, Betreuungsgutscheine bringen eine grosse Flexibilität und Entlastung, wenn Eltern selber entscheiden können, in welcher Gemeinde sie ihre Kinder betreuen lassen möchten. Zweitens, in einem echten Gutscheinsystem gibt es keine Wartefristen mehr. Wegen diesen beiden Punkten ergibt sich drittens massgeblich die Standortattraktivität von Zollikofen für Mittelschicht und Familienhaushalte. Und viertens, nicht zuletzt gilt, gleich lange Spiesse für private und öffentliche Kitas zu erzielen, damit der Wettbewerb erhöht wird und die Vielfalt an verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten steigen kann. Nach dem grundsätzlichen Plädoyer komme ich jetzt zum konkreten Vorstoss. Erstens: Als wir im September die Motion eingereicht haben war noch nicht klar, dass der Kanton

mindestens bis zum Herbst 2018 brauchen wird, um die Rahmenbedingungen zu fixieren. Allenfalls könnte es sogar noch länger dauern, wenn noch einige Schlaufen vorgesehen sind in der Vernehmlassung. Also, das kann durchaus auch bis 2019 gehen. Dass die Umsetzung bis 2019 für Zollikofen dann sehr knapp wird, ist offensichtlich. Daher mein vollstes Verständnis dafür, dass die terminlichen Vorgaben der Motion zu restriktiv sind. Zweitens möchte ich aber gerne etwas klar stellen: In der Motion wird eine unbeschränkte Vergabe von Betreuungsgutscheinen gefordert. Mit dem ist aber nicht gedacht, dass keine Kriterien für die Berechtigung vorliegen müssen. Vorgaben bezüglich Einkommen, Beschäftigungsgrad, Weiterbildungssituation, Integrationsziele und andere, sind natürlich notwendig. Aber wenn diese Kriterien alle eingehalten sind, sollte es keine weitere Rationierung geben. Es soll also keine zusätzliche mengenmässige Beschränkung geben. Das heisst, die Wartefristen zur Berechtigung eines Betreuungsgutscheins sollen entfallen. Das ist die zentrale Forderung dieses Vorstosses. Die unbeschränkte Vergabe ist volkswirtschaftlich und standortpolitisch höchst sinnvoll. Erinnern wir uns, dass die Gemeinde rund 20 % der Subventionen bezahlt, aber sie kann gleichzeitig von höheren Steuereinnahmen profitieren. Auch da zeigen Studien, dass die Nettoeffekte volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich, vor allem auch für die Familien, schlussendlich positiv sind. Die Effekte auf die öffentliche Hand können optimiert werden, wenn die Voraussetzungen recht restriktiv und so ausgestaltet sind, dass eben dann auch positiver Erwerbsanreiz entsteht. Wenn der Gemeinderat die Budgetwirkungen im Rahmen des Prüfauftrags berechnen wird, bitte ich ihn, nicht nur die Kosten, sondern auch die Steuer-Mehreinnahmen abzuschätzen. **Ich möchte jetzt nach Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, Artikel 39, Absatz 2, Antrag stellen, beziehungsweise bekannt geben, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll.** Und dies, aufgrund des unbestimmten Zeitplans, welcher ja sicher anerkannt wird. Nochmals, inhaltlich soll vor allem die Wirkung des unbeschränkten Bezugs geprüft werden, die zeitlichen Restriktionen sind nachrangig. Danke für die Unterstützung des Postulats.

GGR-Präsident Peter Bacher (FDP): Die Motion wird ab jetzt als Postulat weiterbehandelt.

Gemeinderat Peter Bähler (SVP): Mit der Einführung der Betreuungsgutscheine im ganzen Kanton soll die Motion Müller vom 24. Januar 2011 vollzogen werden. Im September des letzten Jahres hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion das Detailkonzept zur Einführung von Betreuungsgutscheinen genehmigt. Das Detailkonzept ist in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Zollikofen war dort leider nicht dabei, mit Vertretern der Kindertagesstätten-Organisationen, Tagesfamilien und weiteren involvierten kantonalen Stellen erarbeitet worden. Für die Einführung muss aber die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration, kurz ASIV, angepasst werden. Ein Auszug aus dem Terminplan der Gesundheits- und Fürsorgedirektion sieht vor, dass voraussichtlich im Frühling 2018 eine Konsultation über den ersten Entwurf stattfinden soll. Es geht dort vor allem darum, die kritischen Punkte der Vorlage zu identifizieren. Gegebenenfalls wird dann die Vorlage angepasst und geht zum Mitbericht an die kantonalen Direktionen. Wenn alles erfolgt ist, sollte eine angepasste Vorlage im Spätherbst 2018, vom Regierungsrat besprochen und idealerweise verabschiedet, vorliegen. So steht es auch in den Unterlagen. Es ist auch vorgesehen, dass die Änderung, wie der Motionär oder jetzt Postulant gesagt hat, per 1.1.2019 in Kraft treten soll. Nach Rücksprache mit der GEF ist dieser Zeitpunkt fraglich. Für die Umstellung haben die Gemeinden anschliessend Zeit, nach dem Inkrafttreten am 1.1.2019 bis August 2020. Dann wird das Betreuungsgutschein-System das heutige System definitiv ablösen und die Mitfinanzierung erfolgt im Rahmen von diesem. Die Gemeinde hat also Zeit, sie muss sich aber auch, und das ist wahrscheinlich auch das Anliegen des Motionärs, damit auseinandersetzen und zwar rechtzeitig. Es ist nicht so einfach, die ganzen administrativen Abläufe müssen neu eingeführt werden. Die Abrechnung und Geldflüsse müssen mit mehreren Partnern angepasst werden. Der Budgetprozess läuft kurzum für das nächste Jahr. Wir haben noch gar keine Grundlagen, was wir budgetieren und planen sollen. Uns fehlt der Boden um dort etwas zu tun. Die Grundlagen für die Betreuungsgutscheine sind heute nicht gegeben. Ihr seht, wir können nicht etwas planen wovon wir nicht wissen, was es ist. Für die Gemeinde wäre es ein Blindflug, administrativ und finanziell. Es wäre fahrlässig, einfach zu sagen, wir führen etwas ein, wenn wir gar nicht wissen, was es ist.

Ihr als Parlament habt das Anrecht auf konkrete Entscheidungsgrundlagen, damit ihr auch wisst, was ihr überhaupt beschliesst mit dieser Motion. Jetzt ist die Umwandlung in ein Postulat erfolgt, dadurch ist es in gewisser Weise einfacher, da der Prüfauftrag klar ist. Die Motion war sehr eng gefasst. Wie gesagt, es ist nicht einmal sicher, dass die ASIV auf diesen Zeitpunkt in Kraft tritt. Daher, und das hat der Gemeinderat auch klar gesagt in seinem Antrag, lehnt er die Motion ab, und bittet euch, das auch zu tun. Als Postulat ist es unverbindlich, darüber könnten wir diskutieren. Ob mit oder ohne Postulat, der Gemeinderat muss sich mit dieser Frage auseinandersetzen, aber heute ist nicht der richtige Zeitpunkt, um Termine festzulegen. Übrigens, noch ein kleines Detail. In der Motion steht, Köniz habe bereits beschlossen. Das ist eine Falschinformation. Köniz hat bis zum heutigen Tag offiziell nichts beschlossen. Wir bitten euch, das Postulat abzulehnen.

Samuel Tschumi (SVP): Das Postulat, das wir jetzt behandeln, verlangt die Einführung von Betreuungsgutscheinen für familienexterne Betreuung von Kindern. Das Postulat hätte vom Zeitpunkt her kaum verfehlter sein können, hat doch der Bernische Regierungsrat die ASI-Verordnung noch nicht zur Konsultation frei gegeben, das ist erst auf Frühling 2018 vorgesehen. Bevor der konkrete Inhalt dieser Verordnung bekannt ist, wissen wir nicht, womit wir es genau zu tun bekommen. Müssen wir wirklich jetzt schon ins kalte Wasser springen oder warten wir ab, wie sich die Sache bis zum voraussichtlichen Beschluss im Regierungsrat, welcher auf Herbst erwartet wird, entwickelt. Wir schaffen uns unnötig Probleme. Es wird gefordert, auf eine Kontingentierung zu verzichten. Also, alles andere ist für uns nicht relevant. Das ist der Antrag. Ich musste es mehrere Male lesen. Wie kann man das verlangen. Obwohl man in der Budgetdebatte immer wieder gesagt hat, wir sollen haushälterisch mit unseren Mitteln umgehen. Was wir hier machen, ist, einen Blankocheck zu unterschreiben. Und alles andere als haushälterisch, es ist eher eine finanzpolitische Todsünde. Da wir unsere Finanzen schonen wollen, bitten wir alle, unserem Beispiel zu folgen, sich an die Voten vom Oktober zu erinnern und das Postulat nicht erheblich zu erklären. Was sich bei uns noch in Frage stellt ist, ab welchem Einkommen der Eltern keine Subventionierungen durch den Staat mehr geleistet werden.

Johanna Thomann Lemann (FDP): Mit dem Betreuungsgutschein geht es im Kanton Bern, in dem Fall auch bei uns hier, einen Schritt weiter. Die Knacknuss, der Gelderwerb, Kinder, Freiwilligenarbeit, eventuell noch ein Hobby, kann irgendwie ein bisschen einfacher unter einen Hut gebracht werden. Und die Nuss knackt vielleicht nicht mehr so hart, wenn man darauf zu beißen hat. In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat.

Annette Tichy-Gränicher (GFL): Auch wir unterstützen die Motion, bzw. jetzt das Postulat. Grundsätzlich eine funktionierende, qualitativ gute und vor allem bezahlbare Kinderbetreuung ist heute ein wichtiges Kriterium für Familien beim Entscheid für ihre Wohngemeinde. Wir haben Verständnis für den Gemeinderat, dass er zuerst die Klärung der Rahmenbedingungen abwarten will, bevor etwas überstürzt entschieden wird. Deshalb haben wir auch die Umwandlung der Motion in ein Postulat befürwortet und sind bereit, dieses vollumfänglich zu unterstützen.

Michael Fust (SP): Wir haben es von verschiedenen Votanten bereits gehört, die familienergänzende Kinderbetreuung ist ein Standortfaktor für eine Gemeinde. Wir sind bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Gesellschaft noch lange nicht dort, wo wir eigentlich gerne sein möchten. Es gibt verschiedene Massnahmen, die auf eine Gesellschaft getroffen werden können. Eine ist diejenige, welche auf der Gemeindeebene getroffen werden kann. Die, dass die Gemeindeebene die Rahmenbedingungen so optimal schafft, dass Familien (Eltern, Mütter, Väter, Kinder) damit ihre berufliche Karriere, wie sie sich diese vorstellen, in Angriff nehmen können und so alles unter einen Hut bringen. In dem Sinne bitte ich euch, dem Postulat zuzustimmen.

Ich hätte aber noch eine Frage an den Gemeinderat. Ich bin ein bisschen verwirrt nach dem Votum. Ich habe in der Begründung gelesen, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen

als Postulat entgegenzunehmen. Ich bin aber nicht sicher und dachte, ich hätte es vorhin anders gehört und wäre froh, wenn man das noch klarstellen könnte.

Mario Morger (glp): Ich möchte gerne noch rasch darauf eingehen bezüglich der Falschmeldung Gemeinde Köniz. Der Vorstoss ist vom letzten September, ich mag mich noch vollständig daran erinnern. Ich meine, es habe eine Medienmitteilung der Gemeinde Köniz gegeben, die ich jetzt gerade nicht gefunden habe, aber es gibt zwei Artikel, einen vom Bund und einen der Berner Zeitung (27.3. und 29.3.2017). Darin steht deutlich, dass die Gemeinde Köniz die Kita-Plätze selber verteilen will. Wie wir wissen, Bern hat das bereits getestet und eingeführt, es gibt verschiedene Gemeinden, die das System kennen, unter anderen die Stadt Luzern, die positive Erfahrungen damit gemacht hat. Wir haben analysiert, dass es eine positive Rechnung ist und kein finanzpolitischer Blindflug.

Gemeinderat Peter Bähler (SVP): Also ich habe mich vorbereitet für die Motion, darum ist mir das unterlaufen. Wir sind bereit, dies als Postulat entgegenzunehmen, wie es auch im Bericht und Antrag geschrieben ist. Vielleicht noch, der Tarif bleibt genau gleich wie bereits heute gehandhabt. Und wie gesagt, die Gemeinde Köniz hat im Gemeinderat noch nichts Definitives beschlossen. Das ist die Information, die wir Anfang Januar nach Rückfrage erhalten haben. Zur Frage, über die Spanne des Tarifs: Das massgebende Einkommen berechnet sich ein bisschen anders als das, welches wir in der Steuererklärung haben. Aber subventioniert wird bis maximal zu einem massgebenden Familieneinkommen von Fr. 160'200.00 bei einem Kind und bei mehr Kindern variiert es dann.

Beschluss (24 Stimmen für Erheblicherklärung, 10 dagegen)

Das Postulat Mario Morger (glp) und Mitunterzeichnende betreffend "Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Betreuungsgutscheine ab 2019 auch für Zollikofen" wird erheblich erklärt.

5 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

- Motion Patricia Zangger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Kein Abbau an den Schulen Zollikofens nach dem Bundesgerichtsentscheid zu den Elternbeiträgen"
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend "Aktueller Bundesgerichtsentscheid in Sache Kostenbeteiligung von Eltern an obligatorischen Veranstaltungen wie z.B. Skilager"

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Somit kommen wir zum Schluss der heutigen Sitzung. Mir hat es Freude bereitet, ich komme wieder, aber erst im März. Das heisst, die Sitzung vom Februar entfällt, aufgrund weniger Traktanden. Wir sehen uns das nächste Mal am 21. März 2018. Diejenigen, die es noch nicht in der Agenda notiert haben, am Samstag, 15. September 2018, findet der GGR-Ausflug statt. Und so bleibt mir nur noch zu sagen - danke vielmals, danke der Schulklasse 9 D fürs Dabeisein, für die Zeit, die ihr euch genommen habt und für das politische Interesse. Ich bin gespannt, welche Eindrücke ihr mit nach Hause nehmt. Ich habe tierisch Freude für die Amphibien und ich habe Freude, euch zum Apéro einzuladen. In diesem Sinne ist die heutige Sitzung geschlossen.